



# Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2022

Reden der Vorsitzenden der Fraktionen anlässlich  
der Verabschiedung des Haushaltes 2022 im  
Rat der Stadt Velbert am 30. November 2021\*

\*Zum Schutz vor Ansteckung mit dem Coronavirus wurden die Reden nicht gehalten, sondern nur als Anlage zur Niederschrift genommen.

## Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Karsten Schneider, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Martin Zöllner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	9
Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion	13
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	15
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	17
Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion	19
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	(liegt nicht vor)
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	23
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	27

## Hinweis:

Für die Texte und den Inhalt der Reden sind die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden verantwortlich.

## **Karsten Schneider, Vorsitzender der CDU-Fraktion**

### **Corona-Schäden bis 2075 – Langfristiger Schaden für Generationen**

#### **Ausgeglichener Haushalt**

Die Kommunen sind aufgrund der Corona-Krise mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert. Sie resultieren aus wegbrechenden (Steuer-)Einnahmen, aber auch neuen Belastungen. Gegenüber der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung aus dem Haushaltsplan 2020, sind die Erträge bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie dramatisch eingebrochen.

Um dennoch die Ausgaben und Einnahmen in Einklang miteinander zu bringen, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, die durch Corona verursachten Mindererträge und Mehraufwendungen mittels einer außerordentlichen Ertragsbuchung zu aktivieren. Diese Mindererträge bestehen vor allem aus sehr viel geringeren Steuerzahlungen der ortsansässigen Unternehmen, aber auch geringer werdende Anteile an den Lohnsteuerzahlungen der Einwohner aufgrund Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit und der in der Gemeinde generierten geringeren Umsatzsteuerbeträge aufgrund des ins Internet verlagerten Kaufverhaltens.

#### **Corona-Bilanzierungshilfe**

Das Corona-Bilanzierungsregelwerk erlaubt den Kommunen den Corona-Mehraufwand als außerordentliche Erträge in dem städtischen Haushalt zu isolieren. Dies hat die Landesregierung möglich gemacht, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und um die Überschuldung abzuwenden.

Allein im Jahr 2022 beträgt der Corona-Schaden in Velbert ca. 19 Mio. Euro, der durch die Corona-Bilanzierungsregeln als außerordentlicher Ertrag verbucht wird.

Insgesamt wird sich die Summe des gesamten Corona-Schadens in Velbert bis zum Jahr 2025 in Richtung von 100 Mio. Euro entwickeln.

Obwohl diese Zahlen katastrophal hoch sind, aus Sicht der Lage vor einem Jahr, als der Lockdown zum Brechen der zweiten Welle das öffentliche Leben annähernd lahmlegte und noch keine Impfungen verfügbar waren, sah der Schaden durch Corona auf die städtischen Finanzen noch viel schlimmer aus.

Ob die stetige Normalisierung jedoch von Dauer ist, wird sich erst in den nächsten Monaten und Jahren zeigen. Keiner kann aus heutiger Sicht sagen, wie sich der Corona-Schaden ggf. durch Mutationen des Virus auf der einen Seite und die technische Weiterentwicklung der Impfstoffe auf der anderen Seite entwickeln wird.

Doch was bedeutet das genau?

Die außerordentlichen Erträge sind keine wirklichen Erträge, sie sind lediglich fiktiv und der städtische Haushalt verfügt über keine zusätzliche Liquidität. Deswegen fällt es mir auch schwer, von der Corona-Bilanzierungshilfe zu sprechen. Hilfe hört sich für mich so an, dass irgendjemand der Stadt unter die Arme greift, und den Schaden trägt.

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Jeder Euro der sogenannten Bilanzierungshilfe muss als Kredit aufgenommen werden. In der Summe wird die Stadt bis 2025 100 Mio. Euro neue Schulden im städtischen Haushalt, verursacht durch die Coronakrise, angehäuft haben.

Es läuft also für die Kommune auf eine zusätzliche Kreditaufnahme hinaus, der dann in der Bilanz ein fiktives Vermögen gegenübergestellt wird – ein reiner Buchhaltungstrick. Um die Bilanz von diesem fiktiven Vermögen zu befreien, wird der Wert des fiktiven Vermögens ab 2025 bis maximal zum Jahr 2075 durch jährliche Abschreibung auf 0 reduziert.

Der vorliegende Haushalt belastet damit die nachfolgenden Generationen für die nächsten 53 Jahre in Folge der Corona-Pandemie nachhaltig.

Rund 2 Mio. Euro werden wir mindestens zusätzlich jährlich aufbringen müssen, um diese Schulden abzahlen zu können. Bei den 2 Mio. EUR sind noch keine Zinsen einberechnet. Doch glaubt tatsächlich jemand, dass das Zinsniveau die nächsten 50 Jahre auf dem Nullzins-Niveau von heute bleibt?

Ich hätte es aber auch nicht für richtig gehalten, den Corona-Schaden innerhalb einer Legislaturperiode ab dem Haushaltsjahr 2025 aus den Büchern zu tilgen, um die nachfolgenden Generationen nicht über die nächsten 50 Jahre mit den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu belasten. Dieser Ansatz übersteigt bei weitem die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Velbert und entspricht auch nicht meinen Haushaltsgrundsätzen, ebenso wenig denen meiner Fraktion, des Bürgermeisters Dirk Lukrafka und dem Kämmerer Christoph Peitz.

Aber auch wenn wir in den letzten Jahren sehr gut gewirtschaftet haben und als Stärkungspakt-Kommune unseren städtischen Haushalt wieder ins Gleichgewicht

bringen konnten, so trifft uns die Pandemie besonders, denn unser gespartes Eigenkapital reicht nicht aus, um den Schaden kurzfristig auszugleichen.

Das Corona-Bilanzierungsregelwerk hilft uns als Kommune nur kurzfristig, indem es Liquidität verschafft und die coronabedingten finanziellen Einbußen in die Zukunft verschiebt. Es ersetzt keine direkten, nicht rückzahlbaren Finanzhilfen von Bund und Land.

### **Schlüsselzuweisungen**

Umso dankbarer können wir sein, dass ein zweiter Sondereffekt, ebenfalls die städtischen Finanzen für 2022 von der Einnahmeseite sichert. Velbert erhält im nächsten Haushaltsjahr 43,5 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen gemäß dem Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes NRW. Wir sind sehr dankbar, dass die Landesregierung erkannt hat, dass vor allem nicht nur Großstädte der Metropolregion an der Steuerverbundmasse profitieren sollten, sondern eben auch die kreisangehörigen Städte wie Velbert, die in besonderer Weise von der Automobilindustrie abhängen und sich im Strukturwandel befinden.

Einen Wermutstropfen möchte ich jedoch nicht verschweigen. Wer sich die Details zum Gemeindefinanzierungsgesetz anschaut, erkennt schnell, dass der Anstieg der Schlüsselzuweisungen nicht nachhaltig ist.

Um heute als Corona-Unterstützung mehr auszahlen zu können, als eigentlich verfügbar ist, werden Lasten in die Zukunft verschoben. Das Darlehen dazu wird mit den Auszahlungsansprüchen der Folgejahre verrechnet und wir können heute schon mit hinreichender Sicherheit sagen, dass uns ab 2025 nicht nur die Abschreibungen der Corona-Bilanzierungshilfe treffen wird, sondern auch eine nicht unerhebliche Reduzierung der Schlüsselzuweisungen ins Kontor schlagen wird.

## **Überschuldung**

Nur durch die Zuhilfenahme der Bilanzierungsregeln für den Coronaschaden liegt uns ein ausgeglichener Haushalt vor. Ohne diese Hilfe wäre die Stadt Velbert seit einem halben Jahr bilanziell überschuldet und das Eigenkapital der Stadt vollständig aufgezehrt.

Im Grunde muss man daher sehr ehrlich sagen, dass wir in den nächsten Jahren unvorstellbar hohe Defizite durch die Pandemie aufweisen werden: Im Jahr 2022 ein Defizit in Höhe von - 19 Mio. Euro und ausgehend von der Planung zum Zeitpunkt der Haushaltseinbringung: in 2023 rund -21 Mio. Euro, in 2024 rund -15 Mio. Euro und rund 10 Mio. Euro in 2025.

Faktisch sind wir ohne die bilanzielle Isolierung überschuldet!

Der Blick auf die folgenden Risiken zeigt, auf wackligen Füßen unser städtischer Haushalt derzeit steht, denn jetzt fangen die Probleme erst richtig an:

1. Verfolgt man die politische Diskussion im Land und im Städte- und Gemeindebund, so ist noch unklar, ob für das Haushaltsjahr 2023, die Coronaschäden noch bilanziell isoliert werden dürfen. Die Gewerbesteuererträge vieler Gemeinden bewegen sich bereits wieder auf das hohe Niveau, vor dem Beginn der Corona-Pandemie, zu. Entscheidet sich die Landesregierung dagegen, so werden wir das Eigenkapital bereits 2023 verbrauchen und die Überschuldung der Stadt Velbert wird gemäß § 75 der Gemeindeordnung dann gegeben sein, da nach der Bilanz das Eigenkapital verbraucht ist. Die Überschuldung ist gesetzlich verboten, somit wird die Kommune von Seiten der Kommunalaufsicht gezwungen, Leistungen zu reduzieren und Gebühren und Steuern zu erhöhen.
2. Ebenso offen ist die Frage, ob Velbert auch in Zukunft mit vergleichbar hohen Schlüsselzuweisungen – wie im Jahre 2022 mit 43,5 Mio. Euro – rechnen darf und davon dauerhaft und nachhaltig profitieren kann.
3. Die Zinslastquote der Stadt Velbert ist mit 1,5 Prozent im Jahre 2022 sehr gering, doch angesichts der hohen Inflation wird am Geldmarkt eine Zinserhöhung durch die Europäische Zentralbank (EZB) Ende 2022 bereits fest eingepreist. Steigende Zinsen können schnell den kommunalen Handlungsspielraum einschränken.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Velbert sieht neben der enormen Neuverschuldung vor allem die Gefahr, dass diese großen Haushaltsrisiken bereits ab 2023 eintreten und die Kommunalaufsicht den Rat der Stadt zu einem enormen Einschnitt in Form von Erhöhung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer zwingen wird.

Beides wäre eine Katastrophe für Velbert und würde die konjunkturelle, als auch die postcoronale Erholung unserer Unternehmen und Bürger massiv ausbremsen.

## **Handlungsspielraum sinkt**

Wie hoch der Anteil des Gewerbesteuerausfalls ist, der tatsächlich durch die Coronapandemie verursacht wurde, bleibt abzuwarten.

Vor dem Hintergrund, dass der PKW-Absatz im letzten Jahr um 24 % in Europa eingebrochen<sup>1</sup> ist, liegt die Annahme nahe, dass dies Folgen für unsere Unternehmen der Automobilzulieferindustrie vor Ort haben wird und die Gewerbesteuer sich nur durch einen konsequenten Strukturwandel verbessern

lässt. Die Entwicklung von Gewerbeflächen und die Ansiedlung von Unternehmen bleibt daher zentrale Aufgabe für uns Politiker und die Wirtschaftsförderung.

Deshalb ist es ein Hohn, dass die Ratsmehrheit aus Grünen, SPD, FDP und weiteren Klein-Fraktionen einzig und allein die Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing als Quelle für Einsparvorschläge ausgemacht hat. Anstatt zu erkennen, dass jede Mehrausgabe im aktuellen und im nächsten Haushaltsjahr nur kreditfinanziert möglich ist, wird weiter draufgesattelt.

Kommt es zu einer Überschuldung, legt das Haushaltsrecht den Kommunen enge Fesseln an, die in einer solchen Krisensituation kaum andere Möglichkeiten lassen als Ausgaben drastisch zu reduzieren und Steuern deutlich zu erhöhen.

### **Nachhaltige Optimierung kommunaler Aufgaben und Prozesse**

Wir sehen die Notwendigkeit alle kommunalen Prozesse professionell auf den Prüfstand zu stellen, um Maßnahmen zur Prozessoptimierung zu identifizieren. Es gibt viele Gründe, warum wir als Kommune die Prozesse optimieren sollten: Digitalisierung, E-Gouvernement, Qualitätsmanagement, Fachkräftemangel und eben auch die nachhaltige Haushaltskonsolidierung.

Wir sind gezwungen nennenswerte Rationalisierungs- und Qualitätssteigerungspotentiale zu erschließen. Ein Prozess, den Bürgermeister Dirk Lukrafka dankenswerter Weise angestoßen hat. Diesen Weg müssen wir konsequent gemeinsam gehen. Dieser Umbruch wird auch einen neuen Geist in bürokratische Behördenflure bringen.

Unser Ziel ist es, auch künftig politische Handlungsspielräume zu erhalten und Gestaltungsmöglichkeiten bei freiwilligen Aufgaben nicht zu verlieren, vor allem vor dem Hintergrund der großen gesellschaftlichen Herausforderungen und auch neuer kommunaler Pflichtaufgaben, wie beispielsweise der neue Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung der Grundschul Kinder, der massive Investitionen in unsere Grundschulstandorte auslösen wird. Aus heutiger Sicht kann ich nicht ausschließen, dass in den kommenden Jahren mehrere Grundschulgebäude neu gebaut werden müssen, weil an den bisherigen Standorten der Platz für die Ganztagesbetreuung nicht dargestellt werden kann.

### **Blick in die Zukunft**

Richtet man den Blick nicht nur auf unsere Neuschulden, sondern auch auf die Altschulden, so wird deutlich, dass wir es nicht aus eigener Kraft schaffen, die Verschuldung zurückzufahren. Um künftig handlungsfähig zu bleiben und die notwendige Daseinsvorsorge in allen drei Stadtteilen hinreichend zu gewährleisten, bedarf es eines Schuldenschnittes für Velbert und 2500 weitere Kommunen in Deutschland. Nur so lässt sich die im Grundgesetz postulierte

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland erhalten. Ansonsten verfestigen sich die regionalen Unterschiede weiter.

Man muss nicht in die Ferne schauen, um die Unterschiede zu sehen. Es genügt der Blick zu den kreisangehörigen Städten in direkter Grenzlage zu Düsseldorf. Deshalb ist nach Meinung vieler Experten ein Schuldenschnitt erforderlich, der beim Abbau der kommunalen Kassenkredite ansetzt.

Damit ein solcher Schuldenschnitt aber nachhaltig die Probleme der benachteiligten Kommunen löst, muss er Hand in Hand mit einer Reform der Gewerbesteuer einhergehen, so dass die Erträge daraus planbarer werden und vor allem der Kannibalismus der Gemeinden untereinander endet. Wenn wir im Großen gegen globale Steuervermeidungsstrategien wettern und Steueroasen brandmarken, dann dürfen wir nicht im Kleinen daran festhalten.

In folgenden Bereichen zeichnen sich enorm hohe **Investitionen** ab:

- Schule und Bildung mit dem Neubau der Gesamtschule Neviges, dem Neubau der Grundschule Pestalozziplatz und dem Ausbau der Ganztagesbetreuung,
  - der weitere Kindergarten-Ausbau um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen,
  - der im Brandschutzbedarfsplan vorgeschlagene Neubau einer zentralen Rettungs- und Feuerwache,
  - noch nicht evaluierbare Investitionen und den Hochwasser- und Überflutungsschutz
- Dadurch wird der finanzielle Handlungsspielraum zukünftig dauerhaft durch die Kreditaufnahme und die Abschreibungen eingeschränkt. Ohne die Schaffung von Liquiditätsreserven werden wir Velbert lediglich verwalten, aber nicht mehr gestalten können.

Wie auch schon die letzte Haushaltsberatung ist diese ebenso davon geprägt, dass es nicht der Zeitpunkt für Geschenke an die Wählerschaft ist.

Wünsch-Dir-Was-Entscheidungen, wie gebührenfreie Kitas, die komplett kreditfinanziert sind und die enorme Folgekosten hinsichtlich des Personals und neuer Einrichtungen mit sich bringen. Denn jetzt, wo der Kitaplatz nichts mehr kostet, buchen die Eltern das maximale Betreuungskontingent für ihr Kind, auch wenn sie es nur gelegentlich brauchen. Damit steigt der Bedarf nach Plätzen deutlich!

Wünsch-Dir-Was-Entscheidungen, wie ein millionenschwerer Klima- und Artenschutz-Fond durch die Stadt.

Wünsch-Dir-Was-Entscheidungen, wie ein Velbert-Pass für sozial benachteiligte Einwohner um kostenfrei Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Ein Wünsch-Dir-Was für die Parteien und Fraktionen, die die Mehrheit im Rat stellen, kann sich nur eine Gemeinde leisten, die reale Überschüsse erwirtschaftet. Wir in Velbert können dagegen nur Millionendefizite anbieten.





## **Martin Zöllner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

in meiner letzten Haushaltsrede im vergangenen Jahr habe ich, stellvertretend für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, auf die Herausforderungen für alle Velberterinnen und Velberter, die aus der Corona Krise entstanden sind, hingewiesen. Auch in Velbert sind leider Menschen an (oder mit) COVID-19 verstorben oder schwer erkrankt. Unsere Gedanken und Wünsche sind bei den Betroffenen und Angehörigen.

Ein Jahr später hat uns die Pandemie noch immer voll im Griff und stellt uns weiterhin vor große Herausforderungen. Mit unseren Anträgen zum letzten Haushalt haben wir die besonders betroffene Bevölkerungsgruppen deutlich entlastet. Dies ist uns trotz der großen finanziellen Herausforderungen gelungen.

Heute möchte ich die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt in den Mittelpunkt der HH-Rede stellen. Wir Grünen möchten, dass Velbert auch in den kommenden Jahrzehnten lebenswert ist und den nachfolgenden Generationen gute Chancen bietet.

Dazu müssen wir die großen Felder: Klimawandel, Klima- und Artenschutz aber auch die Verkehrswende und die Digitalisierung als Schlüsseltechnologie endlich wirksam angehen.

Auch wenn uns die Corona-Krise immer noch im Griff hat, wird die begonnene Klimakrise die Auswirkungen von Corona weit in den Schatten stellen. Leidvoll mussten einige Bürgerinnen und Bürger auch hier in Velbert beim Starkregenereignis insbesondere in Langenberg und Neviges die Auswirkungen dieses Extremwetters erleben. Mit dem Klimawandel werden solche Ereignisse immer wahrscheinlicher und extremer. Auch wenn es sich dabei zum Glück in Velbert zumindest nur um schwere Sachschäden gehandelt hat, so hat es andere Gebiete Deutschlands noch deutlich schwerer getroffen, bis hin zum Verlust von Menschenleben. Wichtig bleibt festzustellen, dass die Häufung dieser Art von Ereignissen von der Wissenschaft in der Vergangenheit bereits als Korrelation zum Klimawandel vorhergesagt wurde.

Daraus leitet sich dringender Handlungsbedarf ab. Wir müssen alle Weichen auf Klimaschutz stellen. Darum haben wir einen Haushaltsantrag zur künftigen Priorisierung von Klima-, Umwelt- und Artenschutz gestellt. Neben den in den letzten Jahren deutlich zu kurz gekommen Maßnahmen zum Klimaschutz muss ganz besonders auch das Thema Artenschutz in Velbert endlich beachtet werden. So konnten wir zuletzt an verschiedenen Baugebieten beobachten, dass der Prozess im Hinblick auf die Artenschutzprüfungen dringend überarbeitet werden muss. Das bedeutet konkret, dass artenschutzrelevante Aspekte stärker in der Gesamtabwägung berücksichtigt werden müssen. Der Verlust des Artenreichtums hat Auswirkungen, die erst nach und nach der Bevölkerung bewusst werden. Auch die Energiewende – weg von fossilen Brennstoffen hin zu regenerativen klimaneutralen Energieformen muss in Velbert endlich beginnen. Daher haben wir einen jährlich aufzulegenden Klimafonds mit je 1 Mio. € für Klima- und Artenschutzprojekte ins Leben gerufen, um entsprechende Projekte in Velbert zu initiieren. Darüber hinaus ist es als Vereinbarung zwischen allen Beteiligten wichtig, den Klima- und Artenschutz als strategisches Ziel in der Stadt Velbert und in den Beteiligungen zu verstehen. Daher haben wir beschlossen, dieses entsprechend in der Haushaltsplanung als strategisches Ziel festzuschreiben. So muss beispielsweise zukünftig bei jedem Projekt beachtet werden, dass der Weg zur CO<sub>2</sub>-Neutralität nicht gefährdet wird.

Als weitere zentrale Stellschraube wird von uns Grünen die Mobilitätswende betrachtet. Dafür müssen entsprechenden Transformation angeschoben werden. Für uns bedeutet das konkret, dass die sogenannte Tangentenplanung, die ausschließlich dem Auto- und LKW-Verkehr

nutzt, gestoppt und durch ein für alle Verkehrsträger geeignetes zeitgemäßes Verkehrskonzept ersetzt wird. Die vor kurzem vorgestellte ÖPNV-Strategie lässt hier hoffen, wird aber auch weitere finanzielle Weichenstellungen erfordern.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld in der Stadt Velbert ist das Thema Digitalisierung. Es wurden inzwischen schon erste Schritte getan. Diese müssen durch alle Gremien und Beteiligten aktiv und konstruktiv begleitet werden. Zielsetzung muss sein, schlanke, digitalisierte Prozesse in allen Bereichen der Stadtverwaltung zu etablieren, um schnellere und damit bürgerfreundlichere Dienste anzubieten. Der in der Vergangenheit notwendige „Behördengang“ muss eher über kurz als über lang der Vergangenheit angehören können. Jeder vermiedene Weg zum Amt entlastet die Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltung und ist auch immer ein Beitrag zum Klimaschutz. Andere Länder (Beispiel Schweden) zeigen uns, in welche Richtung es in Zukunft gehen muss. Das Onlinezugangsgesetz zeigt uns als Kommune die Pflichten auf, welche wir in Kürze umsetzen müssen. In der Umsetzung ist es aber, wie in allen größeren Projekten der Digitalisierung, sehr wichtig dass das benötigte Veränderungsmanagement alle Beteiligten mitnimmt. Dafür möchten wir entsprechende zusätzliche Mittel im Haushalt verankern.

Die Stärkung der Resilienz im Kontext von Informationssicherheit und Datenschutz, insbesondere vor dem Hintergrund der immer größer werdende „Cybercrime“ Risiken sind ein weiterer wichtiger Handlungsbereich. Dafür müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig sensibilisiert und geeignete technische Maßnahmen ergriffen werden.

Aber auch abseits von Klimaschutz und Digitalisierung gibt es viele Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Hier ist insbesondere der Sozialbereich zu nennen. Dafür stellen wir mehr Mittel für die Seniorenbetreuung bereit, begleiten die Fortführung der Jugendberatung Velbert und bringen den Velbert-Pass als niederschwellige Möglichkeit zur Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten ohne soziale Stigmatisierung auf den Weg. Daneben werden wir uns insbesondere mit der Sicherung des bezahlbaren, klimagerechten Wohnens und damit einhergehend mit der Quartiersentwicklungen, die dem Klimawandel angepasst ist, beschäftigen.

Im Schulbereich sind aus unserer Sicht in diesem Jahr die Weichen für den Ausbau der Gesamtschulkapazitäten im Sinne der Nachfrage zu stellen. Gesamtschulen bieten allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich während der Schulzeit in den für sie geeigneten Abschluss zu entwickeln, ohne durch das antiquierte und spaltende dreigliedrige Schulsystem behindert zu werden. Das kann also durchaus bedeuten, eine 3. Gesamtschule auf den Weg zu bringen.

Weitere relevante Themen sind aus unserer Sicht die Unterstützung der Vereine als wichtiger „Kitt“ in der Bevölkerung und die Aufgabe, das Stadtmarketing mit der VMG zu verschmelzen, um eine zukunftsfähige Abteilung aufzubauen.

Abschließend möchte ich wieder an meine Haushaltsrede zum letzten Etat anknüpfen und feststellen, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen diesem Haushalt unter den Bedingungen der weiteren Ausrichtung in eine ökologisch und sozial gerechte Zukunft und den beantragten Änderungen zustimmt.

Die besondere Herausforderung für uns besteht im Umgang mit dem Klimawandel. Diesem müssen wir im Rahmen unserer regionalen und kommunalen Handlungsmöglichkeiten verantwortungsvoll und konsequent entgegengetreten. Es bleibt also die Maßgabe, dass alle Entscheidungen sowohl in ihren sozialen, ökologischen als auch in ihren ökonomischen Auswirkungen bewertet werden.

Zu guter Letzt möchte ich nochmals meinen Aufruf aus dem letzten Jahr wiederholen und alle heute anwesenden Politikerinnen und Politiker aus den anderen Fraktionen, die sich ebenfalls

der Verantwortung in Bezug auf nachfolgende Generationen bewusst sind, dazu aufrufen, dass sie gemeinsam mit uns an dieser ökologisch und sozial gerechten Zukunft für alle in Velbert arbeiten.



## **Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,**

2021 ist immer noch von der Corona Pandemie dominiert. Trotz dieser Pandemie gab es eine Bundestagswahl aus der die SPD als Wahlsiegerin hervorgegangen ist. Es wird eine neue Regierung geben, die Ampel aus SPD, Grünen und FDP. Damit ist klar: eine weitere Regierungsbeteiligung der CDU wird es wohl nicht geben. Ob die „Ampel“ erfolgreich sein wird, kann man jetzt mit Bestimmtheit nicht sagen. Allerdings stimmt mich der jüngst vorgestellte Koalitionsvertrag nicht nur in puncto Kommunalpolitik durchaus hoffnungsvoll. So werden Förderprogramme harmonisiert, die Lebensverhältnisse in Stadt und Land werden angeglichen und die Altschuldenproblematik der Kommunen wird endlich angegangen. Auch wird die Digitalisierung endlich wirksam vorangebracht werden. Öffentlicher Nahverkehr ist Klimaschutz, dieser wird besonders gefördert werden.

Dieser Haushalt der Stadt Velbert wird schon der zweite sein, den die neue Mehrheit aus Grünen, SPD, UVB, FDP, Linken und den Piraten verantwortet. Der Bürgermeister und die Verwaltung müssen noch stärker realisieren, dass sich die politische Macht im Rat der Stadt Velbert durch die Kommunalwahl 2020 wesentlich verschoben hat.

Der Haushalt 2021 hatte besondere Schwerpunkte:  
Abschaffung der Kindergartengebühren für alle, in Velbert ist der Kindergartenplatz für alle kostenlos. Auch sind Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Digitalisierung erfolgreich auf dem Weg gebracht worden.

Natürlich hat uns in der Politik besonders das schwere Hochwasser in Langenberg und in Neviges bewegt. Die Hilfsbereitschaft und der Einsatz der Bürgerinnen und Bürger, der Technischen Betriebe Velbert, der Stadtwerke Velbert und der Verwaltung waren und sind enorm. Die Flutfolgen sind noch längst nicht alle bewältigt, viele Gebäude sind noch nicht wiederhergestellt, die Infrastruktur noch lange nicht. Die S9 fährt z.B. immer noch nicht. Hier bleibt auch 2022 noch viel zu tun.

Auch müssen wir die richtigen Schlussfolgerungen aus der Flut ziehen und dafür sorgen, dass wir hier in Velbert auf die nächste Flut besser vorbereitet sind.

Nun zum Haushalts- und Stellenplanentwurf 2022. Für die SPD besteht immer noch die unveränderte Aufgabe: Wir müssen den Klimaschutz und die digitale Revolution sozial gestalten. Die SPD muss Motor des Wandels sein und bleiben. Dieses Mandat hat nun die SPD auch im Bund, ich hoffe sehr, dass sie es bei der Landtagswahl im Mai 2022 auch bekommt.

Dieser Haushalt ist ein Kompromiss von 6 Fraktionen. Es sind die Fraktionen, die Velbert verändern möchten. Wir haben im letzten Jahr gut zusammengearbeitet, bei allen unterschiedlichen politischen Ansichten. Auch wenn wir nicht in allen Fragen einer Meinung waren, die wichtigen politischen Entscheidungen in Velbert sind mit den 6 Fraktionen gefasst worden. Diese Zusammenarbeit war immer konstruktiv und haben stets in einer vertrauensvollen Umgebung stattgefunden, euch dafür ganz herzlichen Dank.

Auch bei der Verwaltung möchte ich mich bedanken, die die Rekommunalisierung der Reinigungsleistungen der Stadt und den 15 Minuten Takt der Linie 649 schon in den Haushaltsentwurf 2022 eingearbeitet hat.

Darüber hinaus stellt die Liste aus Grünen, SPD, UVB, FDP, Piraten und Linke zum Haushalt 7 Anträge und 1 Antrag zur Finanzierung unserer Veränderungen am Haushaltsplanentwurf der Verwaltung:

Wir erhöhen die Mittel für die Seniorenbegegnungsstätten um 15%. Die Seniorenbegegnungsstätten leisten eine wichtige Arbeit für den wachsenden Anteil der Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahren. Nachdem die Mittel für diese Arbeit jahrelang nicht nur nicht erhöht sondern auch teilweise im Haushaltssanierungsplan (dem die SPD 2012 aus guten Gründen nicht zugestimmt hat) gekürzt wurden, versetzen wir die Seniorenbegegnungsstätten wieder in die Lage, ihre Arbeit in gewohnt hoher Qualität fortzuführen.

Wir wollen in Velbert den Übergang von Schule und Beruf moderner gestalten. Deswegen investieren wir in die Berufsorientierung und entwickeln ein Konzept für eine Jugendberufsagentur plus. Das Motto der ehemaligen Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft „Kein Kind zurücklassen!“ gilt nach wie vor. Jeder Euro, der in die Verbesserung der Lebenschancen von Jugendlichen investiert wird, spart zukünftige erhebliche Aufwendungen und rentiert sich in Form von Fachkräften, auf die unsere Wirtschaft so dringend angewiesen ist. Die Ampelkoalition hat dieses Thema bereits im Koalitionsvertrag vereinbart (S. 66).

Teil dieser Strategie ist es auch, die schulische Ausbildung auf hohem Niveau zu sichern. Daher werden wir umgehend mit der Planung der Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräume am Geschwister-Scholl-Gymnasium beginnen.

Wir stellen 300 Tsd. Euro zusätzlich zur Beschleunigung der Digitalisierung der Stadtverwaltung in den Haushalt ein, um Velbert zukunftssicher zu machen. Das beinhaltet auch die Schaffung von 2 Stellen im Digitalbereich. Zusätzlichen Stellenbedarf sehen wir hier, nicht in der Wirtschaftsförderung, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen.

Zur Sicherung der Zukunft gehört auch die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Daher werden wir ein umfangreiches Paket für den Klima- und Artenschutz, inklusive eines Klimafonds beschließen.

Die Einführung des Velbert-Passes als Teilhabe- und Servicekarte erleichtert es allen Bürgerinnen und Bürgern Angebote in Velbert zu nutzen. Wir werden seine Einsatzmöglichkeiten in den folgenden Jahren schrittweise vergrößern.

Schließlich werden wir die 6-monatige Stellen- Wiederbesetzungssperre aufheben. Damit wird die Verwaltung wieder in die Lage versetzt auf Veränderungen im Personalbereich kurzfristig zu reagieren. Dankenswerterweise ist auch diese Änderung bereits im vorliegenden Haushaltsentwurf berücksichtigt worden.

Zum Schluss noch ein Wort zum Corona – Krisenmanagement des Bürgermeisters. Wir halten die Durchführung des Weihnachtsmarktes in Velbert – Mitte angesichts der Corona – Lage und der Inzidenzzahlen im Kreis Mettmann für nicht angebracht. Der Hubbelsgasser Weihnachtsmarkt in Tönisheide wurde abgesagt, ebenso in Heiligenhaus und in Hilden. Aus Bayern werden Covid Patienten eingeflogen und wir veranstalten hier einen Weihnachtsmarkt. Diese Bilder passen nicht zusammen. Wir hätten uns hierbei eine klare Entscheidung des Bürgermeisters gewünscht, ungeachtet der möglichen rechtlichen Folgen.

Sehr geehrter Herr Böll, sehr geehrter Herr Peitz, wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bitte geben Sie den Dank der SPD Fraktion auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weiter.

Die SPD stimmt dem Haushaltsentwurf 2022 mit den genannten Änderungen zu.

---

## **Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt für das Jahr 2022 steht immer noch ganz im Zeichen der Corona-Krise. Hatten noch im Frühjahr die Konjunkturforscher mit einem Aufschwung gerechnet, entfalten nun die Nachwirkungen der Pandemie ihre Bremswirkung. Lieferengpässe und hohe Energiepreise haben uns erreicht. Dieses hat erhebliche Auswirkungen für die finanziellen Spielräume. Wir wissen, dass für Herrn Peitz und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortungsvolles Haushalten zum Tagesgeschäft gehört, aber das jetzige vorläufige Ergebnis macht uns Sorge. Im Moment kann noch niemand abschätzen, wie sich die momentane Energiekrise auf unseren jetzigen Haushalt auswirkt. Städtische Gebäude müssen zum Beispiel weiter geheizt werden, die Stromkosten steigen gewaltig, wobei wir allerdings wohl nur noch wenig Einsparungspotenzial haben. Bei den Technischen Betrieben werden die Benzin- und Dieselposten wegen der großen Fahrzeugflotte besonders auf das Ergebnis Einfluss nehmen. Wir befürchten, dass uns die Energiekrise noch heftig beuteln wird. Weiter steigende Personalkosten sowie der galoppierende Finanzbedarf für alle anfallenden Bauvorhaben und das Fehlen von Baumaterialien stellen ein großes Risiko dar. Alle Vorhaben müssen möglichst genau durchgerechnet werden und es muss ein Kern an Projekten benannt werden, die finanziell auf jeden Fall umsetzbar sind, alles andere müsste dann in die Warteschleife. Denn im Moment heißt es den Gürtel enger schnallen! Jetzt ist es unserer Meinung nach auch an der Zeit, dass wir als Politiker dem Bürger leider mitteilen müssen, dass sich nicht jeder Vorschlag oder jede Idee sofort umsetzen lassen kann. Trotz allem, wird es höchste Zeit nicht nur in die Immobilien unserer Schulen zu investieren, sondern diese müssen bei der Digitalisierung bestmöglich und schnellstens unterstützt werden. Die Ausstattung mit weiteren Endgeräten, vernünftiger WLAN-Infrastruktur innerhalb der Gebäude, einheitlichen Programmen sowie schnelles Internet hat höchste Priorität, dies gilt auch für die Verwaltung. Weil es für uns absehbar ist, dass sich der Glasfaser-Ausbau länger hinziehen wird als angenommen, müssen für die Zwischenzeit praktikable Lösungen gefunden werden. Lassen sie mich zum Glasfaserausbau ein paar persönliche Worte loswerden. Ich war von Anfang an gegen dieses Glücksspiel, denn ich bin der Meinung, wer mit den großen Hunden bellen will, muss zumindest mit dem Schwanz wedeln können. Hier werden Unsummen verbuddelt, die uns auch als Ertrag im Haushalt von der städtischen Gesellschaft Stadtwerke fehlen.

Gut etabliert hat sich der neue Ausschuss für Digitalisierung, der seine Arbeit zur Unterstützung der Verwaltung bereits umfangreich aufgenommen hat. Es sollen so viele Verwaltungsleistungen wie möglich über das Internet bereit- gestellt werden. Der kürzeste Weg zum Amt ist ein Klick aus dem heimischen Wohnzimmer. Wir benötigen die Einführung von digitalen sogenannten E-Akten. Das Ziel muss es sein, Abläufe innerhalb der Verwaltung anhand von OZG (Onlinezugangsgesetz)-konformen Fachverfahren so zu automatisieren, dass diese auf der einen Seite den Bürger\*Innen online angeboten werden können und auf der einen Seite verwaltungsintern möglichst automatisiert, das heißt schnell und effizient abgearbeitet werden können.

Wir von der UVB haben den Antrag auf ein Naturschwimmbad in Langenberg auf den Weg gebracht. Dank einer Hilfe von 3 Millionen Euro aus dem Staatssäckle, lässt sich dieses nun umsetzen. Wir hoffen, nachdem erste Machbarkeitsstudien eingegangen sind, dass es schnell weiter geht und sich die Langenberger schnell auf eine neue Attraktion freuen dürfen.

Um unseren Gastronomiebetrieben nach Ende der Pandemie eine positive Perspektive zu bieten, und Ihnen schnellstens wieder auf die Beine zu helfen, haben wir von der UVB die Abschaffung der Gebühren für die Außengastronomie beantragt und auch erreichen können.

Wir kümmern uns auch um den örtlichen Wohnungsmarkt. Durch Gespräche mit Privatvermietern, Wohnungsbaugesellschaft und Genossenschaften, versuchen wir zu erfahren, welcher Wohnungstyp in unserer Stadt besonders gefragt ist. Jetzt gilt es zusätzliche Bauflächen zu erweitern. Neben brachliegenden Grundstücken, kann durch Nachverdichtung neuer Bestand geschaffen werden. Die Bebauung von Innenhöfen, der Ausbau von Dachgeschossen und das Aufsetzen von weiteren Etagen, sind einige Möglichkeiten. Im Einzelfall kann auch Abriss und Neubau eine höhere Ausnutzung der Grundstücksfläche ermöglichen.

Wichtig ist für uns auch der komplette Wegfall der Elterngebühren zum Beginn des Kindergartenjahres 2021/22 den wir mit unserer Listenverbindung erreicht haben. Wir wollen klare Zeichen setzen zur Unterstützung von Familien mit Kindern und sind der Meinung, dass der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung der Kinder zur Vorbereitung auf die Schule kostenfrei sein muss. Die Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, was wirklich wichtig ist und in dieser Zeit kommt es mehr als sonst darauf an, gemeinsam unsere Stadt nach vorne zu bringen. Die Bürger\*Innen unserer Stadt leben das vor. Es gibt sehr viel Zusammenhalt in unserer Gesellschaft – dies wurde besonders deutlich, als uns in Neviges und Langenberg die Flutkatastrophe plötzlich überraschte. Die Bürger halfen Bürgern, ohne lange zu überlegen und das ist gut so und dafür danken wir allen. Wir gehen durch eine schwere Zeit, wo Menschen um ihre Gesundheit und sogar um ihr Leben bangen müssen. Genau so sind viele wirtschaftlich am Ende – sie haben Angst um ihre finanzielle Existenz. Beide Seiten brauchen eine Perspektive für eine sicherere Zukunft. Bitte unterstützen Sie alle unseren heimischen Einzelhandel und die Gastronomie – sie sind ein wichtiger Teil einer lebens- und lebenswerten Stadt. Ganz besonders möchten wir uns heute noch einmal bei unserem Bürgermeister und seinen Mitstreitern bedanken, denen es nach Monaten gelungen ist, die Marktgilde von ihren Pflichten zu überzeugen, um in Langenberg wieder einen funktionierenden Wochenmarkt her zu stellen. Ich denke hier spreche ich im Namen aller Langenberger.

Wir wünschen Ihnen allen Gesundheit und ein gutes, neues Jahr. Die UVB stimmt dem Haushalt 2022 zu, betont aber gleichzeitig, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer mit unseren Stimmen nicht machbar ist.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.



## **August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders**

Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger,

da in diesem Jahr die Haushaltsreden nicht mehr gehalten werden sollen, was ich persönlich sehr bedaure, liegen unsere Bemerkungen zum Haushalt 2022 nun nur in schriftlicher Form vor.

Frei nach dem Motto „ und ist der Ruf erst ruiniert, dann lebt es sich ganz ungeniert „ steuert die Stadt Velbert auf ein finanzielles Chaos zu.

Seit Amtsantritt der neuen Mehrheit im Rat der Stadt Velbert scheint es so als würde Geld keine Rolle mehr spielen. Die bisher beschlossenen Maßnahmen im Baubereich belaufen sich derzeit auf rd. € 170.000.000,- bis zum Jahr 2025, zzgl. eventueller Kostensteigerungen. Hinzu kommen weitere Kosten in Höhe von ca. € 3.000.000,- für die „ Wahlgeschenke der neuen Mehrheit, z.B. Änderung der Personalgestaltung im Reinigungsbereich € 800.000,- bis 2025 ( eine Herzensangelegenheit der Linken) genereller Verzicht auf Kita-Gebühren ( 1.800.000,- p.a.) ÖPNV Linie 649.

Absolut unverständlich ist auch die Nichtgenehmigung des Bebauungsplanes Hülsbecker Weg, wodurch eine geplante Einnahme von ca. € 1.400.000,- nicht generiert werden konnte und die Verzögerung bei der Ausschreibung des Hertie Geländes wodurch weitere ca. € 3.000.000,- nicht vereinnahmt werden konnten.

Ganz zu schweigen von der neuen Gewerbefläche „ großes Feld „, wo die Arbeiten zur Erschließung des Geländes sofort beginnen könnten, durch eine Klage der Bürgerinitiative beim OVG Münster aber in weite Ferne gerückt ist. Federführend bei der Bürgerinitiative sind Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Grüne, die auch mit einem eigenen Gutachten für diese Fläche zu der Aussage kamen, dass bei einem Starkregenfall auf diesem Gelände starke Ausschwemmungen sicher wären und das Gelände an der unteren Bleibergstraße überflutet würde. Genau das geschah bei dem Jahrhundertregen nicht. Über dieses eigene Gutachten und die Aussagen kann man sich nur wundern.

Es wird dann wohl so sein, dass diese Gewerbefläche nicht entwickelt werden kann. Die einmalige Chance Betriebe aus der Innenstadt zu verlagern und neue Firmen anzusiedeln wird damit leichtfertig vertan.

Sorgen bereiten aber noch weitere düstere Wolken, die zum Kollaps der städtischen Finanzen führen könnten:

Da ist zum einen die Zinspolitik der EZB und die damit verbundenen Gefahren. Bei derzeit stark ansteigender Inflation sind höhere Zinsen zu erwarten, was bei den kurzfristigen Kassenkrediten, die in Velbert ca. 160.000.000 ausmachen, dazu führen könnte, dass bei einer Erhöhung der Zinsen um 1% mit € 1.600.000 Mehrkosten jährlich gerechnet werden müsste.

Eine weitere schon lange bekannte Gefahr sind die Pensionszahlungen an städtische Pensionäre, die Jahr für Jahr steigen, einmal durch die laufenden Erhöhungen, dann durch die jährlich steigende Anzahl der Pensionäre, was in den nächsten 10 Jahren zu einem Risiko von mehreren Millionen führten wird.

Als letztes, großes Risiko möchte ich hier die unsägliche Separierung der Corona- Kosten anprangern. Nach Schätzungen werden in Velbert Kosten von ca. € 120.000.000 anfallen, die nach der Gesetzgebung von Bund und Land auf der Aktivseite der Bilanz separiert, d.h. dort in voller Höhe ausgewiesen werden und die dann jährlich mit 2% abgeschrieben werden müssen, d.h. eine Abschreibung von € 2.400.000 jährlich und das über 50 Jahre. Alle von

mir befragten Wirtschaftsprüfer halten diese Vorgehensweise für eine Unverschämtheit gegenüber den Kommunen, ich halte es für eine Vergewaltigung! Alleine in diesem Haushalt 2022 werden knapp €20.000.000 separiert werden, d.h. ohne diesen Taschenspielertrick hätten wir eine Unterdeckung von eben dieser Summe im Haushalt und wären schon jetzt in der Lage unseren Verpflichtungen ggf. nicht mehr nachkommen zu können.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass diese Zusammenhänge von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nur schwer zu verstehen sind, halte es aber für unbedingt erforderlich auf diese Gefahren hinzuweisen, denn eines ist für jeden Bürger hoffentlich klar: Man kann nur Geschenke machen, wenn man das Geld dafür hat, und man wird sich im normalen Leben nicht bis über seine Möglichkeiten für Geschenke verschulden. Diese Zeche werden wir alle bezahlen müssen, die Freude über die Geschenke wird dann negativ nachwirken.

Der Kämmerer der Stadt und auch der Bürgermeister haben in ihren Reden bei der Haushaltseinbringung diese Gefahren angesprochen.

Ob alle Anwesenden diese Ausführungen verstanden haben, kann ich nicht beurteilen, ich hoffe es aber inständig.

Abschließend möchte ich nur eine Rechnung aufmachen wie die bilanzielle Situation im Jahr 2025 aussehen wird, wobei die etwaigen weiteren Belastungen in den Jahren 2023 und 2024 noch nicht enthalten sind.

An Abschreibungen für Neubauten und investive Maßnahmen sowie die Abschreibung der separierten Corona-Kosten werden ca. €6.000.000 zu Buche schlagen zusätzlich die Kosten für die Finanzierung dieser Maßnahmen ca.€ 3.500.000 jährlich.

Im Jahr 2025 müssen nur für diese Maßnahmen also € 9.500.000 mehr verdient werden als heute.

Hinzu kommen die für den Haushalt 2021 und 2022 beantragten Veränderungen, für die zwar eine Deckung aufgezeigt wurde, die aber nicht realistisch ist und somit das Defizit erhöhen wird.

Inwieweit nicht realisierte Bauvorhaben, die blockiert bzw. verschoben werden eine weitere Verschlechterung nach sich zieht, werden die kommenden Jahre zeigen.

Insgesamt komme ich auf derzeit ca. € 13.000.000 die uns 2025 fehlen werden. Ich werde die Rechnung immer wieder fortschreiben und diese auch veröffentlichen. Wie man allerdings der Wirtschaft in Velbert helfen will und den dort Beschäftigten, bleibt ein Geheimnis der Ratsmehrheit, denn eines ist klar: wir brauchen eine starke Wirtschaft, um die Pläne der Erneuerung umsetzen zu können. Wir hätten uns hier ein Zeichen gewünscht, z.B. eine Änderung des Gewerbesteuerhebesatzes.

Ich hätte gerne eine positivere Bilanz gezogen, die Fakten und meine Sorge um die Stadt lassen das leider nicht zu.

Der Kämmerer mit Herr Peitz an der Spitze danken wir, wie immer, für die geleistete Aufbereitung der Zahlen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

## Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion

### Die AfD-Fraktion lehnt den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2022 ab, weil

- den geplanten Aufwendungen in Höhe von 266.519.420 Euro Planerträge in Höhe von lediglich 243.531.060 Euro gegenüberstehen, sich daraus de facto
- ein Haushaltsdefizit in Höhe von 22.988.360 Euro ergibt,
- der Haushaltsausgleich mithin nur durch die vom Land NRW zugelassene Bilanzierungshilfe formal ausgeglichen werden kann,
- die Ratsmehrheit aus SPD, Bündnis90/Die Grünen, UVB, FDP, Piraten und Die Linke ungeachtet der schon jetzt desaströsen Finanzlage im Planungszeitraum zahlreiche weitere Ausgaben plant und die hierfür unterbreiteten Deckungsvorschläge nicht ansatzweise ausreichen,
- die schon jetzt im NRW-Vergleich hohe Gesamtverschuldung der Stadt Velbert bis zum Jahr 2025 im schlimmsten Fall um nahezu weitere 100 Mio. Euro zunehmen wird und letztlich
- neben den schon bestehenden Altschulden auch die Corona bedingten Zusatzlasten in die Zukunft verlagert werden, somit von künftigen Generationen zu tragen sind und gleichzeitig die kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten einengen.

Unsere Kritik an den Haushaltsplanungen für das Jahr 2022 und die Folgejahre soll beispielhaft anhand der nachfolgend beschriebenen Sachverhalte untermauert werden:

- **Unzureichende Unterstützung des Landes bei der Bewältigung der Migrationsfolgekosten und der Corona bedingten Schäden (Mehraufwendungen/Ertragsausfälle)**

Der von der Landesregierung vorgeschriebene Mechanismus für die Begleichung der durch die Corona-Pandemie bedingten Schäden führt nach den derzeitigen Plänen des Kämmerers zu einer zusätzlichen Verschuldung von bis 100 Mio. Euro bis zum Jahr 2025 und soll danach über mehrere Jahrzehnte abgetragen werden. Dringend benötigte Finanzmittel will das Land NRW dagegen nicht zur Verfügung stellen. Dies führt zu einer Belastung, die die Stadt Velbert und damit den Velberter Bürger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, angefangen im Jahr 2022, vor besondere Herausforderungen stellen wird. Da das Land die Kommunen mit Aufgaben überhäuft, aber nur unzureichend mit den dafür notwendigen Finanzmitteln ausstattet, bestehen derzeit und auf absehbare Zeit keine finanziellen Spielräume für die Erfüllung zusätzlicher Wünsche.

Wer dies, wie die gegenwärtige Ratsmehrheit aus SPD, Bündnis90/Die Grünen, UVB, FDP, Piraten und Die Linke, völlig außer Acht lässt und – wie in der Ratssitzung am 30.11.2021 geschehen - mit zahlreichen Anträgen zum Haushaltsplan 2022 noch zusätzliche Ausgaben in siebenstelliger Höhe beschließt, macht sich ein leichtes Spiel - und verlagert alle Lasten auf künftige Generationen.

- **Ausweis von Vermögen in der städtischen Bilanz und unzureichende Vorsorge für künftige Risiken**

Bei der Liquidierung von Sachvermögen im Zuge städtebaulicher Entwicklungen ist immer wieder festzustellen, dass die Buchwerte der Objekte die Marktwerte überschreiten und die Veräußerung städtischer Grundstücke und Gebäude zu außerordentlichen Verlusten führt. Dies belastet den städtischen Haushalt zusätzlich. Beispielhaft sei hier auf das „Vergabeverfahren ehemaliges Hertie-Grundstück Stadt Velbert“ verwiesen.

Der Kaufpreis wurde in Höhe von 3.200.000 Euro als Festpreis festgesetzt. Durch den Buchwertabgang in Höhe von 3.401.415 Euro und unter Berücksichtigung der Rückzahlung von Fördermitteln in Höhe von 206.650 Euro entsteht der Stadt Velbert ohne Einbezug etwaiger weiterer Lasten ein „unerwarteter“ Verlust in Höhe von 408.065 Euro.

Auf der Passivseite der Bilanz (per 31.12.2020) sind Pensionsrückstellungen in Höhe 134,2 Mio. Euro für aktive und ehemalige Beschäftigte im Beamtenverhältnis abgebildet, die in späteren Jahren zu Ausgaben führen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Wert zu niedrig angesetzt ist (Stichwort: Diskontierungsfaktor) und die späteren Verpflichtungen tatsächlich höher sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Stadt Velbert allein mit der Bilanzierung ihrer Pensionsverpflichtungen noch keine Vorsorge betreibt. Die Bilanzierung zeigt lediglich annähernd auf, in welcher Höhe diese Verpflichtungen bestehen, die zu späteren Zeitpunkten zu Auszahlungen führen werden. Hierfür werden in späteren Haushaltsjahren Gelder in entsprechender Höhe benötigt. Können diese nicht aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden, wovon fast auszugehen ist, müssen sie zwangsläufig über weitere Kredite finanziert werden.

- **Gegenfinanzierung von Ausgaben**

Mit Beginn des Kindergartenjahres 2021/2022 sind auf Beschluss einer Ratsmehrheit die Elternbeiträge komplett entfallen. Auch die AfD-Fraktion stimmt der seinerzeit als Begründung vorgelegten Aussage zu, dass die Stadt Velbert mit dem Wegfall von KiTa-Gebühren einen wertvollen Beitrag zur kostenlosen Bildung und eine wichtige Entlastung von jungen Familien in der Coronakrise leistet. Immer mehr Familien entscheiden sich für einen Kindertagesstättenplatz. Die Berufstätigkeit aller Elternteile erlangt nicht nur aufgrund des Fachkräftemangels eine immer größere Bedeutung.

Diese auf Dauer angelegte, wünschenswerte Maßnahme führt bei der Stadt zu Mindereinnahmen von 1,75 Mio. Euro pro Kindergartenjahr. Eine seriöse Gegenfinanzierung zur Kompensation dieser Ausfälle ist seinerzeit unterblieben. Mit dem in der Ratssitzung vorgelegten Antrag, die damals im Zusammenhang mit der Gebührenbefreiung für den KiTa-Besuch beschlossene sechsmonatige Wiederbesetzungssperre ab dem Jahr 2022 aufzuheben, ist selbst diese bruchstückhafte Gegenfinanzierung der Maßnahme nicht mehr sichergestellt.

Zur Gegenfinanzierung weiterer, von den Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, UVB, FDP, Piraten und Die Linke im Zuge der Haushaltsberatungen vorgelegten Anträge schlagen diese vor, auf zwei Neueinstellungen bei der Wirtschaftsförderung zu verzichten und den Zuschuss an die Velbert Marketing GmbH in Höhe von 86.000 Euro zu streichen.

Diese Einsparmaßnahmen, sofern sie denn überhaupt sinnvoll bzw. realisierbar sind, decken die durch die zahlreichen Anträge entstehenden Mehraufwendungen nicht ansatzweise. Sie erhöhen die Corona bedingte Schuldenaufnahme zusätzlich.

Allein die für die Digitalisierung beantragten zusätzlichen Mittel in Höhe von 300.000 Euro und die jährliche Dotierung eines neuen Fonds für Klima- und Artenschutz mit 1 Mio. Euro übersteigen den Gegenfinanzierungsvorschlag um ein Vielfaches. Hinzu kommt, dass eine Gesamtstrategie für die „Digitale Stadt Velbert“ erst noch erarbeitet werden soll und konkrete Maßnahmen erst auf den Weg gebracht werden können, wenn das Zielbild definiert wurde und Klarheit über die Vorgehensweise besteht.

**Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion**

Liegt nicht vor.



## Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Mindestabstand, Maskenpflicht, 3-G, 2-G oder 2-G plus,  
die Corona-Pandemie hat uns weiter fest im Griff!  
Einige Punkte müssen dennoch angesprochen werden:  
Zunächst gilt es DANKE zu sagen!  
Danke an alle, die diesen „Laden am Laufen halten“.

Ob medizinisches Personal, Feuerwehrleute, Ordnungshüter oder die Beschäftigten in unseren Verwaltungen und Betrieben. Ob die alleinerziehende Mutter, die die Betreuung ihres Kindes organisieren und gleichzeitig den Alltag bewältigen muss. Ob Angehörige von Pflegebedürftigen oder Berufstätige im Einzelhandel und Gastronomie.

Wir alle befinden uns immer noch in besonders schweren Zeiten, in der es auf die Solidarität aller ankommt!

Deshalb mein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, bitte helfen Sie mit, diese Pandemie zu überwinden!

Auch das Hochwasser im Juli verursachte viele Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur besonders in den Stadtteilen Langeberg und Neviges. Das Ausmaß ist bis heute sichtbar der Schienenverkehr konnte bis jetzt noch nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Unser besonderer Dank gilt der Bevölkerung für ihre große Hilfsbereitschaft. Danke auch an die Technischen Betriebe, Stadtwerke und Verwaltung für die schnelle Hilfe.

### **Lassen Sie mich nun zum Haushalt 2022 kommen:**

Ja, dieser Haushalt ist außergewöhnlich und schafft einige Zukunftschancen! Klar ist, dass wir mit dem Ende der Konsolidierungsphase, deren Maßnahmen wir immer kritisiert haben, endlich wieder mehr Investitionsspielräume bekommen! Das ist möglich, weil wir mit unserer soliden Haushaltspolitik des Jahres 2020 dafür gesorgt haben. Ich bin allen dankbar, die diesen verantwortungsvollen Weg gemeinsam gegangen sind.

Dieser Haushalt 2022 trägt auch eine klare soziale Handschrift!

Wir konnten viele Ziele umsetzen, mit denen wir zur Kommunalwahl angetreten sind. Die **Digitalisierung** schreitet voran und auch in den Bereichen **Sport und Bildung** wurden mit dem Sportplatz im Siepen und der Planung zum Neubau einer zweiten städtischen Gesamtschule Erfolge verzeichnet

Das ist auch eine Botschaft an die, die DIE LINKE schon längst abgeschrieben haben: Mit uns ist immer zu rechnen.

**Wir gestalten**, als eine der Fraktionen im Rat der Stadt, gemeinsam mit der Listenverbindung aus GRÜNE SPD FDP UVB PIRATEN UND DIE LINKE Velbert zum Positiven und verabschieden zum zweiten Mal einen Haushalt, der unsere gemeinsamen Schwerpunkte widerspiegelt.

Das mag manchen nicht gefallen, aber das ist gut für die Entwicklung Velberts!

Während um uns herum schon der Verzicht auf Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen als Erfolge gewertet werden, schaffen wir hier in Velbert die Möglichkeit, in vielen Bereichen sinnvoll in die Zukunft zu investieren.

Ich bin davon überzeugt, dass wir diese positive Dynamik mit unseren Anträgen weiter stärken.

Ich möchte anhand einiger Beispiele deutlich machen, welche Themen uns als DIE LINKE und Teil der Listenverbindung im Stadtrat besonders am Herzen liegen:

**Wir investieren in Bildung!** Wir entlasten die Familien und sorgen für eine gute Zukunft!

Die gute Botschaft für die Velberter Eltern lautet:

Die Gebühren für die Kitas sind seit Mitte 2021 komplett abgeschafft!

Das macht sich insbesondere bei denen bemerkbar, die unsere Unterstützung benötigen.

Zusätzliche Mittel fließen in den kommenden Jahren in die wichtige Jugendverbandsarbeit.

Wir wollen die Jugendlichen ernst nehmen und ihnen eine starke Stimme in unserer Stadt geben.

Das Thema **Sicherheit und Sauberkeit** steht bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz oben auf der Agenda. Deshalb ist es richtig und konsequent, dass wir das Sicherheitsgefühl in dieser Stadt stärken. Zum einen wird mehr Personal in diesem Bereich eingesetzt und zum anderen wird das vorhandene Personal besser bezahlt.

Kommen wir zu dem Thema „**Infrastruktur**“:

Oftmals sind es die Schlaglöcher oder unebene Radwege, die für viele Bürgerinnen und Bürger ein Ärgernis sind. Deshalb gilt weiterhin: Wir sagen Schlaglöchern in unseren Straßen und Wegen den Kampf an! Reparatur und Instandhaltung ist und bleibt eine Daueraufgabe!

Uns ist dabei eine unbürokratische Sanierung der Straßen und Wege wichtig.

Mit dem Sanierungsprogramm der TBV konnten viele Straßen und Wege erneuert werden. Da bleiben wir dran! Jetzt nehmen wir zusätzlich das Thema Radwege in den Fokus und wollen ähnlich schnell und unkompliziert die Radwege und Radspuren von Schlaglöchern und Unebenheiten befreien.

Für eine wirksame **Klima- und Verkehrswende** brauchen wir nicht nur bessere Radwege, sondern auch **die Taktfolge** im ÖPNV muss verbessert werden damit der Nahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger eine Alternative zum Auto wird.

„**Klimawende**“ ist ein weiteres Stichwort.

Wir wollen als Stadt Velbert klimafreundlich werden. Dazu bedarf es einer guten Planung, wofür wir für das kommende Jahr Mittel im Klimafond zur Verfügung stellen, um ein konkretes, verbindliches Konzept für dieses ehrgeizige Ziel vorlegen zu lassen. Dazu gehört auch, dass wir gerade hier in Velbert das Thema „Photovoltaik“ weiter vorantreiben wollen. Klar ist aber auch, dass wir die Klimawende nicht alleine auf kommunaler Ebene erreichen. Dazu bedarf es weiterer Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.

**Bekämpfung von Armut, insbesondere Kinderarmut:**

„Last but not least“



DIE LINKE hat ihren Schwerpunkt immer auch in der **Sozialpolitik**. Die Angebote im sozialen Bereich in Velbert verbessern sich dank unserer Politik der letzten Jahre schrittweise.

Aber wir legen noch „eine Schippe drauf“:

Der **Velbert Pass** wird auf unsere Initiative hin in einer ersten Phase eingeführt und kontinuierlich ausgeweitet.

Uns besorgt besonders wie viele Menschen, bedingt durch ihren finanziellen Hintergrund abgehängt zu werden drohen und nicht am gesellschaftlichen Leben in unsere Stadt mehr teilnehmen können. Betroffen sind dadurch viele Jugendliche und Kinder in unserer Stadt.

Der Velbert-Pass ermöglicht nicht nur mehr Mitmenschen die Teilhabe am kulturellen oder städtischen Leben, sondern entlastet die Verwaltung

**Dafür hat sich meine Fraktion beharrlich eingesetzt.**

Wir stärken den **Sport und die Arbeit von vielen Vereinen und ehrenamtlich Engagierten** mit zusätzlichen 50.000 Euro im nächsten Jahr.

Das war jetzt nur eine kleine Auswahl unserer politischen Anträge zum Haushalt.

**Ja, keine Frage, es bleibt weiterhin viel zu tun!**

Auch bei der **Digitalisierung** gibt es im gesamten Land noch Aufholbedarf! In diesen Haushaltsberatungen steuern wir mit einem gemeinsamen Antrag noch mal bei dem Thema Umsetzung der Digitalisierung nach.

**Wohnen** in den zurückliegenden Jahren wurden im Wohnungsbau viele Einfamilienhäuser gebaut, wir haben diese Entwicklung nicht immer mitgetragen. In Zukunft müssen mehr Wohnungen gebaut werden damit auch in Zukunft die Mieten für alle bezahlbar bleiben.

Wir gehen eindeutig in die richtige Richtung. Mit unseren **Zukunfts-Investitionen** machen wir das Leben in Velbert noch lebenswerter!

Unser Ziel ist es, dass Leben der Velberterinnen und Velberter durch konkretes Handeln und konkrete Maßnahmen besser zu machen! Allein geht das nicht, sondern es braucht verlässliche Partner, die realistisch und seriös die Themen mitanpacken.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und Stadtverwaltung danke ich für die gute Zusammenarbeit.

Mich freut es, dass wir mit unseren Beschlüssen einiges von dem in uns gesetzten Vertrauen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zurückgeben können!

Ich bitte Sie, sich mit uns konstruktiv für die Zukunft Velberts einzusetzen.

Wir als DIE LINKE-Fraktion werden dem Haushalt und den nun eingearbeiteten Änderungen gerne zustimmen.

Dieser Haushalt ist gut.

Lassen Sie uns an einem Strang ziehen, um unsere Stadt weiter zu verbessern!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



## **Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
geschätzte Ratskolleg\*innen, liebe Velberter\*innen,

durch die gute Zusammenarbeit der Parteien Bündnis90/Grüne, SPD, UVB, FDP, Piraten und die Linke haben wir es in der schwierigen Coronazeit geschafft, Familien durch die Abschaffung der Gebühren für Kindertagesstätten zu entlasten. Das war aber nicht das Einzige, was unser Bündnis im letzten Haushaltsplan auf den Weg gebracht hat. Mit der Abschaffung der Gebühren für die Außengastronomie haben wir den Gastwirten helfend unter die Arme gegriffen und überflüssige Bürokratie beseitigen können.

Weitere unserer Anträge befinden sich nun in der Umsetzung. Dies spiegelt der diesjährige Haushaltsplanentwurf wieder.

Darin enthalten sind unter Anderem die Verbesserung im Bereich ÖPNV, sowie die sukzessive Rückführung der Fremdreinigung durch Ausbau der städtischen Reinigungskräfte. Auch hohe Investitionen in die Bereiche Kinder, Jugend, Bildung und Digitalisierung sind geplant, z.B. in Form des Um- bzw. Neubaus der Gesamtschule in Neviges und einer neuen 3-zügigen Grundschule mit Sporthalle an der Grünstraße.

Auch im nächsten Haushaltsjahr wollen wir gemeinsam wichtige Dinge vorantreiben. So stehen gemeinsame Anträge zu folgenden Aufgaben auf dem Programm:

- Die Beseitigung des erheblichen Instandhaltungsrückstands an Schulen und damit die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume des Geschwister-Scholl Gymnasiums.
- Die Förderung der Digitalisierung und Verwaltungstransformation.
- Die Aufstockung der Haushaltsmittel für die Seniorenbegegnungsstätten um 15 %.
- Maßnahmen im Bereich Klima- und Artenschutz in Velbert.
- Fortführung der Jugendberatung Velbert.
- Einführung eines Velbert-Passes.
- Aufhebung der Wiederbesetzungssperre ab 2022.
- Stärkung des Ehrenamtes in Zeiten der Corona-Pandemie.

Zur Gegenfinanzierung haben wir gemeinsam Maßnahmen beantragt, die nur eine geringe Umverteilung von Mitteln bei freiwilligen Ausgaben in dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplan erfordern.

Dabei geht es z.B. um die Kürzung eines Zuschusses an die Velbert Marketing GmbH, da die Gesellschaft grundsätzlich aufgelöst werden soll, sowie die Nichteinstellung von zwei weiteren Mitarbeiter\*innen im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Seit 2016 hat sich die Anzahl der Mitarbeiter\*innen in dieser Abteilung verdoppelt und das bei gleichgebliebenen Aufgaben.

Arbeiten wie das Innenstadtmanagement wurden sogar an externe Mitarbeiter\*innen vergeben. Trotzdem konnte in diesem Bereich kein Erfolg verbucht werden, im Gegenteil, die Stadtgalerie ist insolvent und die Innenstadt leidet unter Rekordleerständen. Corona hat dabei den Tradingdown Effekt nur beschleunigt.

Auch im Portfolio der Stadt Velbert vorhandene Grundstücke wurden nicht entwickelt, tauchen immer mal wieder als Arbeitsschwerpunkt auf und werden dann doch nicht verwertet.

Trotzdem wurden durch die Wirtschaftsförderung noch zusätzliche Grundstücke angekauft und sollen entwickelt werden. Grundstücke, die für eine Bebauung nur sehr schlecht geeignet sind. Diese schrägen Grundstückdeals der Vergangenheit und ihre Spätfolgen, die unter anderem durch die Beteiligung der städtischen EVV durchgeführt wurden, belasten uns auch zukünftig.

Ideen von Gestern wie der Stadtgutschein und das Digitale Schaufenster gehen auch auf das Konto der Wirtschaftsförderung.

Wir halten diese Ideen nur für Beschäftigungstherapie und Geldverbrennung.

Google, Amazon und Co. können das dreimal besser.

Verkaufshütten, die der Aufsichtsrat der VMG nicht anschaffen wollte, wurden schließlich einfach über den Kopf der Politik hinweg, durch die Wirtschaftsförderung erworben.

Hinzu kommt, dass die Abteilung anscheinend Schwierigkeiten dabei hat, sich an das ihr vorgegebene Budget zu halten.

Bis heute wurde uns das versprochene Konzept zu den Zielen, zur Arbeit und den Aufgaben der Wirtschaftsförderung nicht vorgelegt.

Wir können es nicht anders sagen: mit der Arbeit der Wirtschaftsförderung sind wir absolut nicht zufrieden.

Veränderungen im organisatorischen Bereich dieser Abteilung sehen wir als zwingend notwendig an. Die Auflösung der VMG ist nur ein notwendiger Baustein davon.

Die Einrichtung neuer Stellen im Bereich der Feuerwehr und des Rettungswesens, der IT, bei den Bürgerdiensten und dem Bereich Jugend und Soziales sehen wir als notwendig an. Deswegen unterstützen wir diese, obwohl die Personalkosten im nächsten Jahr laut Kämmerei um ca. 4 Millionen ansteigen werden.

Trotzdem werden wir auch in Zukunft genau hinsehen, in welchem Bereich neue Stellen geschaffen werden, denn die Personalkosten nehmen mittlerweile einen nicht unbeträchtlichen Teil des Haushaltes ein. Einen ausgeglichenen Haushalt bekommen wir aber nur unter Zuhilfenahme der bilanziellen Isolierungshilfe für Coronaschäden hin.

Mit anderen Worten, nur durch neue Kredite, die irgendwann auch wieder zurückgezahlt werden müssen. Dieses Defizit wurde verursacht durch den Einbruch der Gewerbesteuer in der Pandemie. Denn nur Firmen, die arbeiten, zahlen auch Steuern. Dies ist nur eine von vielen unangenehmen Folgen der Coronapandemie.

Die aktuellen Infektionszahlen zeigen uns, dass die Auswirkungen der Pandemie unser Leben noch länger beeinflussen werden. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie getroffen werden, spalten dabei die Gesellschaft.

Gespalten ist anscheinend auch unser Bürgermeister bei der Entscheidung, welche Schutzmaßnahmen notwendig sind.

So fordert er für die Ratssitzung zusätzlich zu 3G die Ratsmitglieder auf, sich nach Möglichkeit freiwillig einem Bürgertest in einer Teststelle oder einem Antigen - Schnelltest zu unterziehen. Gleichzeitig lässt er zu, dass ein Weihnachtsmarkt stattfindet und dass unsere Kinder in den Schulen, ohne Luftfilter bei geöffneten Fenstern stundenlang nebeneinander sitzen.

Wann welche Maßnahmen zum Schutz der Einwohner getroffen werden, was davon verhältnismäßig ist und etwas bewirkt, ist für viele Bürger\*innen schon lange nicht mehr nachvollziehbar.

Nachvollziehbar ist es aber durchaus, dass das Virus gefährlich bleibt und weiterhin Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Zusammenleben in Velbert haben wird.

Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben und das Beste aus der Situation zu machen.

Die Pandemie darf keinen Stillstand bei der Weiterentwicklung Velberts verursachen. Wir denken, dass im nächsten Haushaltsjahr alles getan wird, was unter diesen besonderen Bedingungen möglich ist. Dazu tragen wir Piraten sowie Bündnis90/Grünen, SPD, UVB, FDP

und die Linke durch unsere gemeinsame Arbeit bei. Ich danke an dieser Stelle allen beteiligten Parteien für ihre konstruktive Zusammenarbeit.

Wir stimmen diesem Haushaltsplanentwurf zu!

Mit piratigen Grüßen

Martin Schwarz